



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

PETER ALTMAIER

Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister
für besondere Aufgaben

SCHWERPUNKTE DER POLITIK DER BUNDESREGIERUNG



PETER ALTMAIER

- Peter Altmaier wurde 1958 in Ens Dorf, Saar, geboren
- 1974 Eintritt in die Junge Union (JU)
 - seit 1976 Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
 - 1978 Abitur; Wehrdienst
 - 1980–1988 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, erste und zweite juristische Staatsprüfung
 - 1986 Aufbaustudium „Europäische Integration“
 - 1985–1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Staats- und Völkerrecht und später am Europa-Institut der Universität des Saarlandes
 - seit 1994 Beamter der Europäischen Kommission und Mitglied des Deutschen Bundestages
 - 2000–2005 Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - 2005–2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern
 - 2006–2011 Präsident der Europa-Union Deutschland, seitdem Ehrenpräsident
 - seit 2008 Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Saar
 - 2009–2012 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - 2012–2013 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
 - Dez. 2013 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes

VORTRAG AM 4. SEPTEMBER 2014



Sie haben vorhin den Bundespräsidenten zitiert, der in der Tat bei der Vereidigung des Kabinetts sagte: „Sie bekommen immer die schwerwiegendsten Aufgaben.“ Ich bin ja nun auch mal der Schwerste in diesem Kabinett und der Kanzleramtsminister ist vielleicht nicht der wichtigste Minister, aber in dieser Wahlperiode ist er der gewichtigste Minister. Der Vizekanzler ist mir dicht auf den Fersen, aber ich bin entschlossen, ihm keine Chance zu geben und meinen Vorsprung zu verteidigen.

Lassen Sie mich, bevor wir zum eigentlichen Thema kommen, trotzdem noch einen Augenblick mit dem gebührenden Ernst verweilen bei dem, was uns seit rund einem halben Jahr im Atem hält und was im Augenblick in Cardiff beim NATO-Gipfel die Staats- und Regierungschefs der NATO, den amerikanischen Präsidenten, die deutsche Bundeskanzlerin und viele andere umtreibt. Es ist die Situation in der Ukraine, nicht irgendwo auf der Welt, sondern hier in Europa. Ein Konflikt, den wir vor einem Jahr, als wir uns auf die Bundestagswahl und die Koalitionsverhandlungen vorbereitet haben, noch nicht einmal erahnt haben, und ein Konflikt, den wir nach den Erfahrungen zweier verheerender Weltkriege und nach den Erfahrungen des fürchterlichen Krieges auf dem Balkan in den 90er-Jahren ehrlich gesagt in Europa nicht mehr für denkbar gehalten hätten. Ich finde, es ist für zivilisierte Länder, für Länder, die das Erbe der Aufklärung des Abendlandes zu vertreten haben, einfach unvorstellbar, wenn man sieht, wie das Leben und das Glück und die Zukunft von jungen Menschen, von Familien, von Kindern, von Älteren in einem solchen Konflikt mit Füßen getreten werden, wie ihre Zukunft verpulvert wird.

Meine Damen und Herren, wir haben als Bundesrepublik Deutschland und als westliche Allianz eine militärische Lösung dieser Konflikte von Anfang an ausgeschlossen, weil man Gewalt nicht mit Gewalt vergelten kann, ohne eine Spirale in Gang zu setzen, die am Ende nicht beherrschbar ist. Aber wenn man die militärische Lösung ausschließt, was 80% der Deutschen und mehr für richtig halten, dann muss man allerdings auch bereit sein, eine klare Sprache zu sprechen. Wenn wir die völkerrechtswidrige Annexion der Krim sehen – über die kleinen Nadelstiche bis hin zu den Aktivitäten der sogenannten Separatisten, immer auch unterstützt über die Grenze hinweg mit Waffen, mit Geräten, mit Ausrüstung, bis hin dazu, dass die Staatlichkeit der Ukraine infrage gestellt wird –, dann müssen wir auch im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen und der politischen Beziehungen eine klare Antwort geben. Nach allem, was in Europa in den letzten hundert Jahren geschehen ist, haben wir eine Verantwortung und wir dürfen nicht schweigen, wenn eine Flugstunde von Berlin solche Dinge vor sich gehen.

Und deshalb, meine Damen und Herren, sehen Sie es uns bitte nach, wenn wir in diesen Wochen und Monaten der politischen Diskussion vielleicht das eine oder andere Thema nicht so intensiv öffentlich diskutieren können, wie das Thema es verdient hätte und wie wir es gerne möchten. Aber diese Krise verlangt viel Zeit, sie verlangt viel Aufmerksamkeit.

Die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, von der ich Sie herzlich grüßen soll, bringt keinen Tag, ohne dass sie mit Herrn Poroschenko, mit Herrn Putin, mit Herrn Hollande, dem amerikanischen Präsidenten, dem britischen Premierminister, dem polnischen Staatspräsidenten telefoniert und sich austauscht. Wir werden diesen Weg der Gespräche auf allen Ebenen weiter gehen, aber auch ganz klar auf der Einhaltung des Völkerrechts und der internationalen Abmachungen bestehen.

Ich freue mich über Ihre Einladung und bedanke mich noch einmal dafür. Ich habe keinen einzigen Augenblick gezögert, sie anzunehmen, aus einer ganzen Reihe von Gründen übrigens. Der erste ist, Sie sind Hamburger hier, ich bin Saarländer, und wir großen Bundesländer müssen unbedingt besser zusammenhalten. Es kommt, das werden Sie als Hamburger wissen, ja gar nicht so sehr auf die territoriale und demografische Größe eines Bundeslandes an, nein, es kommt darauf an, was ein Bundesland zu leisten imstande ist. Und sehen Sie, wir im Saarland hatten in dreihundert Jahren drei welthistorisch bedeutende Persönlichkeiten. Der erste war zur Zeit Napoleons aus meiner Heimatstadt Saarlouis, Michel Ney, Generalstabschef von Napoleon. Der hat durch falsche Befehle die französische Armee in Waterloo ruiniert. Der zweite, aus dem Städtchen Wiebelskirchen, war Erich Honecker, der hat die DDR ruiniert. Und der dritte, aus meinem Wahlkreis wiederum, aus Pachten, war

Oskar Lafontaine, darunter leidet die SPD bis heute. Also Sie können sehen, aus einem kleinen Bundesland können große Taten vollbracht werden.

Und es gibt einen dritten Grund, warum ich gerne gekommen bin, und das ist, weil die Einladung aus Hamburg kam. Eigentlich müsste ein verantwortlicher Politiker mindestens einmal alle vier Wochen in Hamburg sein. Für mich hat es jetzt in den letzten beiden Monaten dazu gereicht, ansonsten ist es viel zu selten. Aber ich finde, dass es kaum eine Stadt gibt in Deutschland, wo man auf kleinstem Raum so sehr die Entwicklungen der letzten hundert Jahre nachvollziehen kann. Wenn Sie all diese prächtigen Bauten sehen, wenn Sie sehen und sich erinnern, wie das war zu den Zeiten, als Albert Ballin als Reeder, als Chef der Hapag und der Hamburg-Amerika-Linie eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in ganz Deutschland war, als hier in Klein Flottbek der Reichskanzler Bernhard von Bülow seine Villa hatte, die im Krieg leider zerstört worden ist. Und wenn Sie dann lesen – wenn Sie sich ein bisschen beschäftigen mit Bismarck, der nicht weit von hier im Sachsenwald sein Schloss hatte, seinen Altersruhesitz vor allen Dingen –, wie Bismarck bei seinen Besuchen in Hamburg, als er noch Reichskanzler war, im Hamburger Hafen in Tränen ausgebrochen ist, weil er die riesigen Schiffe sah und die großen Hafenanlagen und feststellte, dass er mit seinen 75 Jahren die Gegenwart jedenfalls wirtschaftspolitisch nicht mehr verstand.

Wenn Sie dann sich daran erinnern, was geschehen ist im Zweiten Weltkrieg. Wir haben als Schüler Erich Nossack gelesen, der Untergang, der Feuersturm in Hamburg, wie damals Hamburg nicht so sehr durch die Bombardements, aber durch den Feuersturm zu einem erheblichen Teil zerstört worden ist. Und dann gehen Sie heute an einem Sommertag durch Hamburg und Sie sehen all die alten Villen, die das erlebt und überlebt haben, die heute der Wohnort sind von jungen Familien, Managern, Beamten, Kaufleuten, die aufstrebend sind, die Modernes mit Altem verbinden. Wenn Sie an der Außenalster vorbeifahren und sehen, dass dort junge Männer und Frauen aus allen Ländern und allen Klassen der Bevölkerung joggen und Spaß am Leben haben, wenn Sie sehen, wie die Auslagen der Geschäfte sind, wie prosperierend diese Stadt ist, dann kann man, glaube ich, mit Fug und Recht sagen, dass wir nach dem Elend von einem Jahrhundert wahrscheinlich kaum eine Periode der neueren deutschen Geschichte finden können, wo wir so sehr im Reinen mit uns selber, im Wohlstand und mit Zukunftsperspektiven für unsere jungen Menschen gelebt haben wie gerade in diesen Jahren, in denen ich auch das Privileg habe, selbst politisch mit dabei sein zu dürfen. Und bei aller Kritik, die man haben mag an dem einen oder anderen Gesetz, an der einen oder anderen politischen Maßnahme, ich meine, es ist gerade in dem Jahr, wo der Ausbruch des Ersten Weltkrieges hundert Jahre her ist, auch gerechtfertigt und richtig, dass man von der politischen Seite einmal sagt, wenn wir uns anschauen, was in den letzten sechzig Jahren geschaffen worden ist, durch die Arbeit ganz, ganz vieler Menschen, Unternehmer, Arbeitnehmer – einige von denen sind heute hier im Saal –, durch eine kluge und gemäßigte Politik und auch durch ein bisschen Glück des Schicksals, dann können wir auf das, was wir erreicht haben, mit Fug und Recht stolz sein und wir sollten uns hüten, dies leichtfertig aufs Spiel zu setzen und wieder aufzugeben.

Und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Grund, warum ich so froh bin, dass ich diesen kleinen Impuls auch hier in Hamburg geben darf, weil Hamburg nämlich nicht nur die Stadt ist, die das alles mitgemacht hat, sondern Hamburg ist auch die weltoffenste Stadt Deutschlands, das Tor Deutschlands zur Welt – es gibt ja nicht mehr nur Seehäfen, es gibt auch Flughäfen. Aber hier in Hamburg ist nicht nur der Hafen, hier in Hamburg ist auch die deutsche Heimat von Google. Und wenn Sie die Google Zentrale besichtigen, was ich vor vier Jahren getan habe, und dieses relativ überschaubare Gebäude sehen für einige Dutzend Mitarbeiter und sich vorstellen, welche Bedeutung Google inzwischen für die weltweiten Abläufe und das Leben vieler Menschen gewonnen hat und in welcher Umbruchphase wir stehen, dann ist das, glaube ich, hier in Hamburg der richtige Ort, um über die Herausforderungen zu reden.

Meine erste These ist, dass wir in einer Zeit leben, wo die wirtschaftlichen Beziehungen, die wirtschaftlichen Erfolgchancen, die Leistungsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft weniger denn je national determiniert ist, sondern wo wir nur in der

internationalen Verflechtung, mit der internationalen Offenheit Erfolg haben können. Der Erfolg der deutschen Volkswirtschaft entscheidet sich eben nicht nur in den Fabriken und in den Büros in Berlin, München oder Dresden, er entscheidet sich ganz entscheidend auch dadurch, ob wir auf den internationalen Märkten erfolgreich sind, ob wir mit den internationalen Entwicklungen Schritt halten können und ob wir imstande sind, die Marke „Deutschland“ – und das ist mehr als nur „Made in Germany“ – mit einem Glanz zu versehen, der auch die nächsten fünfzig Jahre überdauert. Darüber möchte ich mit Ihnen gerne reden.

Ich weiß übrigens, dass der eine oder andere von Ihnen sagt, ja, nun haben wir viel geschaffen, aber hat denn diese deutsche Bundesregierung nach der Regierungsbildung nicht erst einmal einen Schluck aus der Pulle genommen, hat sie nicht erst einmal die Mütterrente gemacht und die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren und den Mindestlohn, musste das denn sein, können wir uns das denn leisten?

Und dann sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, der Menschen, die in Deutschland leben und wahlberechtigt sind, und die haben gewählt. Es war schon ganz klar, die Union, meine Partei, hatte den Auftrag zur Regierungsbildung und man konnte auch nicht vernünftig ohne die CDU und gegen die CDU/CSU regieren, aber es gab eben nur die Möglichkeit entweder in einer schwarz-grünen Koalition oder in einer Großen Koalition. Ich war in der schwarz-grünen Pizza-Connection, Sie haben es ja erwähnt. Ich habe damals zu denen gehört, die gesagt haben, wir müssen die Tabus mit den Grünen brechen. Wir müssen mit allen demokratischen Parteien reden. Aber ich bin auch der Auffassung, und zwar bis heute, dass man bei Koalitionsbildungen nicht nach den Prinzipien der Romantik entscheiden darf, sondern nach dem, was für ein Land in einem bestimmten Augenblick richtig und gut ist. Und da habe ich festgestellt, dass ich mit vielen wirtschaftlich verantwortlichen Persönlichkeiten, mit denen ich gesprochen habe, aber auch mit Arbeitnehmervertretern, Gewerkschaften, mit vielen, vielen anderen überall den Wunsch empfand, eine Große Koalition zu machen und eine Große Koalition deshalb zu machen, da wir in einem schwierigen internationalen Umfeld – wo wir uns gerade erst von der Banken- und Börsenkrise und von der Euro- und Staatsschuldenkrise richtig anfangen zu erholen – da wir in einem solchen Augenblick nicht eine politische Schwäche dadurch auslösen, dass eine Kleine Koalition mit wenigen Mandaten Mehrheit dann plötzlich, weil einer der Partner nicht vollständig handlungsfähig ist – und das war damals die Befindlichkeit bei vielen meiner grünen Freunde –, die Zukunft dieses Landes aufs Spiel setzen.

Und deshalb haben alle gesagt, macht die Große Koalition. Aber es war klar, wenn man eine Koalition macht, dann muss man auch dem Koalitionspartner, jedenfalls im Verhältnis zu seiner Größe, in den Punkten entgegenkommen, die dem Koalitionspartner wichtig sind. Und wir haben in dieser Koalition durchgesetzt, dass es vier Jahre keine Steuererhöhungen geben wird. Das gab es in der Vergangenheit, soweit ich mich jedenfalls erinnern kann, in der deutschen Politik noch nie. Und wir haben durchgesetzt, dass die Staatsausgaben nicht erhöht werden über die Schuldenbremse hinaus, das heißt, dass wir im nächsten Jahr, ein Jahr früher als vorgesehen, bereits einen Haushalt ohne neue Schulden machen. Sie werden das wissen, weil Sie alle politisch interessiert und wirtschaftlich aktiv sind. Sie werden wissen, wann der letzte deutsche Bundeshaushalt ohne neue Schulden gemacht worden ist, das war im Jahre 1969, Franz Josef Strauß hieß der Finanzminister, vor 45 Jahren. Und seither hat es keine Regierung, egal ob SPD, FDP, CDU, CSU, Grüne, geschafft, einen Haushalt ohne neue Schulden zu beschließen. Wir haben ihn beschlossen oder werden ihn beschließen für das nächste Jahr und wir werden alles tun, damit er eingehalten wird. Und da werden viele sagen, ja das ist doch nicht sexy, das hat doch keinen Sex-Appeal, keinen Schulden machen, ja wozu denn und wofür denn? Und das sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, wenn Sie mit jungen Leuten reden, und das ist die Veränderung, die eingetreten ist, es sind nicht nur die Älteren, es sind viele junge Leute, die in der Schule sind, die studieren, die den ersten Schritt und ihren ersten Weg ins Arbeitsleben gehen, die sagen, der Staat darf nicht über seine Verhältnisse leben. Wir wollen eine solide Politik, wo man das macht, was man sich leisten kann. Es kann nicht sein, dass man zuerst die Feste feiert und hinterher schaut, ob man noch arbeiten kann. Es muss das, was verteilt wird, auch erwirtschaftet werden.

Meine Damen und Herren, das ist ein Paradigmenwechsel allererster Ordnung, und deshalb bin ich froh, dass unter der Verantwortung von Wolfgang Schäuble und Angela Merkel dieser Paradigmenwechsel jetzt gelingt. Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir die Mütterrente gemacht. Und ich sage Ihnen, das war im Wahlprogramm der CDU. Und ich mache hier keinen Wahlkampf, ich will aber erklären, wie es dazu kam.

Wir haben den Menschen seit 2003 und den Rentnerinnen und Rentnern schon vorher sehr viel zugemutet, mit Nullrunden, mit Eingriffen in die Bestandsrenten durch den demografischen Faktor, wo die Renten oftmals weniger stark steigen als die Inflation. Wir haben bestehende Sozialleistungen kürzen müssen, wir haben auf Erhöhungen verzichtet. Und dann ist es, finde ich, auch einmal richtig, wenn dann, wenn die Steuereinnahmen, nicht die Steuererhöhungen, die machen wir nämlich nicht, sondern die Einnahmen des Staates stärker wachsen, als es vorhergesagt wurde, weil die Wirtschaft sich in guter Verfassung befindet, dass man überlegt, wo gibt es denn auch noch einen Nachholbedarf. Und ich sehe den Nachholbedarf dort, wo Frauen in den Fünfziger-, Sechziger- und Siebziger-Jahren, die sich für Kinder entschieden hatten, und das bedeutete damals in ganz vielen Bereichen in Deutschland eben den Verzicht auf eigene Berufstätigkeit, es bedeutete den Verzicht auf Entfaltung jenseits des eigenen Haushaltes und es bedeutet dann eben für viele von diesen Frauen auch niedrige Renten im Alter, wenn der Ehemann gestorben ist, dass wir gesagt haben, dann wollen wir wenigstens den Frauen, die in dieser Zeit ihre Kinder so erzogen haben, dass sie heute einen Beitrag zum Wohlergehen dieses Landes leisten können, wollen wir diese Frauen so behandeln, dass sie einen Rentenpunkt mehr bekommen für jedes Kind, das vor 1990 geboren ist. Und ich bin fest davon überzeugt, diese Frauen, von denen wir hier reden, haben das verdient, und deshalb war diese Maßnahme richtig und ich habe sie überall mit erhobenem Haupte verteidigt und würde es auch wieder so tun.

Das Zweite, was wir gemacht haben, hätten wir sicherlich nicht so und sicherlich nicht in diesem Tempo und sicherlich mit vielen Abweichungen gemacht, die Einführung des Mindestlohns. 80% der Menschen sind dafür. Trotzdem muss man aufpassen, und dort, wo er gemacht worden ist, sind die sozialen Probleme nicht überall verschwunden. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das war die Voraussetzung der SPD für die Koalition und es war die Voraussetzung, die Bedingung der SPD, dass wir die Rente ab 63, nach 45 Beitragsjahren gemacht haben. Wir haben Wort gehalten. Wir haben dafür aber nicht nur bekommen, dass man die Schulden auf null bringt, die neuen Schulden, wir haben nicht nur bekommen, dass es keine neuen Steuererhöhungen gibt, wir haben dafür auch bekommen ein Gesetz, das die Energiewende auf eine sichere Grundlage stellt. Das ist das, was ich mit der Strompreisbremse Anfang letzten Jahres mit viel Kritik und Widerstand eingefordert habe und was gegen Rot-Grün damals nicht durchsetzbar war. Und wir haben das gemacht und nachdem die EEG-Umlage vor zwei Jahren noch um 50% gestiegen ist, im letzten Jahr um 20% gestiegen ist, haben wir die Aussicht, dass sie sich in diesem Jahr kaum verändern wird. Die genauen Zahlen kennen wir im Oktober. Aber wir haben die Kostendynamik gebrochen und das ist eine Voraussetzung dafür, dass die Energiewende gelingt. Die Energiewende ist richtig, sauberer Strom aus sauberer Produktion, ohne die Umwelt zu belasten. Aber die Energiewende kann doch nur funktionieren, wenn sie auch ein Business Case ist, wenn sie wirtschaftlich funktioniert. Sehen Sie, das ist einer der Unterschiede zu meinen grünen Freunden. Viele von meinen grünen Freunden sagen, die Energiewende muss gelingen, koste es, was es wolle, denn sie ist gut für das Klima und gut für den Planeten und wenn sie anders nicht zu finanzieren ist, dann müssen wir auf einen Teil unseres Wohlstandes verzichten. Und ich sage dann zu meinen grünen Freunden, ihr könnt ja schon mal anfangen damit zu verzichten, im persönlichen Lebenswandel.

Aber, meine Damen und Herren, es jemandem vorzuschreiben ist eine ganz andere Sache. Und dann kommt hinzu, wir werden in Deutschland mit unseren paar Windrädern die Welt nicht retten. Wir werden die Welt nur dann retten, wenn die Windräder auch in Asien und in Afrika wachsen, die Photovoltaikanlagen und vieles andere. In China wächst die Wirtschaft so stark, dass jedes Jahr rund 50 neue Kraftwerke gebaut werden, Kohlekraftwerke, fünfhundert in zehn Jahren. Wenn Sie nach Peking

fahren, werden Sie feststellen, dass Sie an einem Sommertag, obwohl die Sonne scheint, die Sonne nicht sehen, die Menschen tragen Atemmasken, weil Smog überall ist, weil das Wachstum ohne Umweltschutz dazu führt, dass die eigenen Lebensgrundlagen gefährdet werden.

Und deshalb wird die Energiewende nur ein Erfolg sein, wenn sie auch in den USA, wenn sie auch in China, wenn sie in Korea, in Japan eine Chance hat. Die kaufen uns aber keine Energiewende ab, die den Wohlstand reduziert. Die wollen doch ihren Wohlstand gerade erst aufbauen. Mir hat ein chinesischer Kollege gesagt, als ich Umweltminister war: „Lieber Herr Altmaier, glauben Sie mir eines, unsere jungen Leute wollen die Umwelt schützen, aber sie wollen auch ein Auto und einen Fernseher, einen Computer, einen Geschirrspüler, eine Waschmaschine, sie wollen mit dem Billigflieger Urlaub machen in anderen Ländern. Und wenn Sie all das erreicht haben, dann kommen Sie bitte wieder mit Ihren grünen Freunden und erzählen uns, wie wir unseren Wohlstand einschränken.“

Und deshalb ist unsere Parole nicht Umwelt oder Wohlstand, sondern unsere Parole ist Umwelt und Wohlstand. Und wenn wir es schaffen können, eine Energiewende zu machen, die funktioniert und Deutschland trotzdem auf einem der ersten Plätze in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit belässt, dann haben wir einen Beitrag geleistet, dass diese Energiewende zum Selbstläufer wird und dass sie den Wirtschaftsstandort Deutschland für die nächsten Jahre stärkt. Und das muss das Ziel sein. Wir müssen die gute Politik mit Realismus und mit Augenmaß betreiben, ansonsten werden wir keine Chancen haben angesichts der allgemeinen Umstände und der Globalisierung. Und was die Energiewende angeht, wissen Sie, ich bin nicht den ganzen Tag damit beschäftigt, über soziale Ungerechtigkeit zu klagen, ich weiß, dass steigende Strompreise unterschiedlich empfunden werden. Für mich beispielsweise und für meine Kabinettskollegen sind steigende Strompreise nicht so ein großes Problem, wir verbringen nämlich 80% unserer Zeit dort, wo andere Leute die Stromkosten bezahlen, so wie hier oder heute Abend dann anschließend oder morgen, wenn ich Mecklenburg-Vorpommern bin, oder abends, wenn ich in Thüringen bin.

Aber es gibt auch die ältere Dame, die in ihrer Mietwohnung sitzt, die 85 Jahre alt ist, sich nicht mehr gut bewegen kann, wenig Kontakt hat, weil die meisten Freundinnen schon verstorben sind, und die von morgens bis abends als engsten Freund den Fernseher laufen hat. Die steht mit dem Frühstückfernsehen auf, die schaut Fernsehen beim Bügeln, Kartoffelschälen, beim Kochen und beim Essen. Und wir müssen wirklich verhindern, dass es eines Tages so weit ist, dass diese nette ältere Dame um 15:30 Uhr den Fernseher abschalten muss, kurz bevor bei „Sturm der Liebe“ der erste Kuss fällt. Das wäre nicht das, was wir unter einer Politik, die für das ganze Land gemacht wird, verstehen. Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir uns immer Gedanken machen, wie wir die großen Grundentscheidungen treffen. Und das, was viele kritisieren mit Mindestlohn und mit Rente mit 63, das waren einzelne Entscheidungen, aber die grundlegenden Herausforderungen sind ganz andere. Lassen Sie mich drei oder vier nennen.

Das erste ist, wie ich vorhin gesagt habe, dass es nur mit Weltoffenheit geht, wenn man die Globalisierung anerkennt. Es geht nicht mit Handelsschranken, es geht nicht mit Zöllen, ein Land wie Deutschland hat ein Interesse daran, dass Zölle und Handelsschranken verschwinden. Wir hatten in den 90er-Jahren die Diskussion, ob es denn tatsächlich möglich ist, überhaupt mit Ländern wie China und anderen, die Lohnstückkosten haben, die weitaus geringer sind als in Deutschland, zu konkurrieren, und viele haben gesagt, ihr schafft das nicht, ihr könnt das nicht. Reinhard Studt wird sich daran erinnern, als wir damals, als er bei unserer Fraktion die Europapolitik verantwortet hat, diskutiert haben mit Volkswirtschaftlern. Die haben gesagt, Deutschland ist der kranke Mann Europas, die Sockelarbeitslosigkeit wird nach jeder Wirtschaftskrise eine Million höher sein. Und dann ist uns gesagt worden, die erste Million 1974, Willy Brandt, die zweite Million, 1980, Helmut Schmidt, zweiter Ölpreisschock, die dritte Million dann Ende der 80er-Jahre, die vierte Million nach der deutschen Einheit und die fünfte Million, Gerhard Schröder im Frühjahr 2005.

Und viele haben geglaubt, es geht so weiter, viele haben gesagt, ihr kommt von der Sockelarbeitslosigkeit nicht runter, ihr müsst die weniger werdende Arbeit unter

mehr Menschen verteilen. Und heute, heute haben wir die Arbeitslosigkeit deutlich unter drei Millionen gesenkt, heute haben wir so viele neue Arbeitsplätze in Deutschland, wie wir nie in unserer Geschichte hatten, und heute haben wir es geschafft, dass wir in den klassischen deutschen Industrien, die viele schon abgeschrieben hatten, im Maschinenbau, im Automobilbau, nicht nur unsere Führung verteidigt haben, sondern dass man uns diese Produkte aus der Hand reißt, weil sie weltweit einen exzellenten Ruf haben. Und gerade weil wir es geschafft haben, diese Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, gerade weil uns alle Statistiken der OECD und alle unabhängigen internationalen Untersuchungen bescheinigen, dass Deutschland hervorragend aufgestellt ist, haben wir ein Interesse daran, dass wir Freihandelsabkommen zustande bringen, nicht nur mit Kanada, das wichtig ist, aber nicht nur alleine auf dieser Welt, sondern gerade auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Es wird heute so viel negativ gesprochen über das transatlantische Freihandelsabkommen, über TTIP. Ich sage Ihnen, wenn wir es schaffen, dieses große Land Amerika und die Europäische Union so miteinander zu verflechten, dass ein großer Wirtschaftsraum entsteht, dann werden wir mehr für die Sicherheit der Arbeitsplätze in Deutschland und Europa schaffen als mit zwanzig anderen Maßnahmen zusammen. Und deshalb muss TTIP gelingen und die Politik hat die Aufgabe, sich öffentlich dazu zu bekennen und auch die Kritik entgegenzunehmen, denn wenn wir nicht dafür kämpfen, wird es niemand anderes tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich gesagt habe, wir waren erfolgreich, dann dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen, das ist der entscheidende Punkt. Die meisten Abstiege begannen mitten im großen Erfolg. Und ich will Ihnen ein Beispiel geben. Ich habe gesagt, wir sind erfolgreich bei den Maschinen und Autos insbesondere, in vielen anderen Bereichen auch, Medizintechnik, überall. Aber gerade dort vollzieht sich derzeit ein unglaublicher Wandel. Wir haben in Meseberg unter Vorsitz der Bundeskanzlerin darüber gesprochen, mit den Gewerkschaften, Arbeitgebern, mit dem Handwerksverband, mit Professoren. Das war vorgestern in Meseberg und ich habe noch nie so eine große Übereinstimmung in der Analyse und in der Notwendigkeit des Handelns gesehen. Denn wir erleben durch das Internet, durch die Veränderungen im Bereich der IT eine Veränderung, die nicht nur unser privates, persönliches Leben betrifft, sondern auch sämtliche Produktionsverhältnisse verändert. Wir haben das Stichwort Industrie 4.0, das wird vielen von Ihnen nichts sagen, hat es mir vor fünf Jahren auch noch nicht.

Es geht darum, dass wir sozusagen das Internet verschmelzen mit den klassischen industriellen Produkten, und das führt dazu, dass wir Produktivitätssprünge machen, in einzelnen Bereichen um 50%. Dem können Sie sich nicht widersetzen, wenn Sie das tun, verlieren Sie Ihre Märkte, dann sind Sie nicht mehr konkurrenzfähig. Und wenn Sie es tun, dann müssen Sie die Konsequenzen bedenken, zum Beispiel die, dass in den Autos von morgen der Anteil der elektronischen und softwarebezogenen Wertschöpfung von heute rund 30 oder 40%, je nachdem was für ein Auto Sie nehmen, auf 60-70% ansteigen wird. Und das heißt, selbst wenn wir weiterhin die besten Mercedes, BMW, Volkswagen, Audi – ich muss ja alle nennen – Ford und wie sie alle heißen, bauen in Deutschland und wenn wir genauso viele verkaufen wie bisher, werden wir weniger Wertschöpfung haben, weil der Anteil der Elektronik steigt und wir im Bereich der Software leider hinter unseren amerikanischen Freunden noch um einige Jahre hinterherhinken. Also muss es doch für die Bundesregierung eine Priorität sein, dass wir uns dieser Herausforderung stellen, und deshalb haben wir die digitale Agenda beschlossen, deshalb werden wir uns Gedanken darüber machen, was geschehen muss, damit wir in Deutschland mehr Start-Ups bekommen, mehr junge Unternehmen, die in diesem Bereich arbeiten. Und darüber habe ich gesprochen mit einem amerikanischen Freund, den ich gefragt habe, wie kommt es eigentlich, dass alle großen Erfindungen im Internet, die die Welt bewegen, Google, Facebook, PayPal und viele andere, alle in den USA geschehen und nicht bei uns. Da sagte er: „Ihr macht einen Fehler, ihr geht zugrunde an eurem eigenen Erfolg. Euer Erfolg ist, dass ihr jede Unternehmensgründung sorgfältig vorbereitet, und wenn der Unternehmensgründer es nur klug anstellt, bekommt er alle Hilfe, die man brauchen kann, er wird gehätschelt und man unterstützt ihn und es ist trotzdem hart und nach drei oder vier Jahren hat er es geschafft, hat fünf Be-

schäftigte und freut sich, dass er zum Mittelstand gehört. Das ist in allen Bereichen der Wirtschaft richtig, aber nicht in diesen Bereichen, wo Sie neue Ideen brauchen, wo die Welt alle paar Jahre neu erfunden wird. Wir haben bei uns zehnmal, zwanzigmal so viele Unternehmensgründer wie bei euch, 80% überleben das erste Jahr nicht und von den 20%, die überleben, ist die Hälfte nach zwei Jahren auch nicht mehr da, aber dann ist einer von denen dabei, der die Idee hat, die die Welt verändert, und den kaufen wir uns und den setzen wir ein und der verändert die Welt.“ Und deshalb, hat er gesagt: „You have to admit failure.“ Sie dürfen es einem jungen Menschen nicht übel nehmen, wenn er einen Traum hat vom Internet, eine Firma gründet und nach einem Jahr sagt, es geht nicht mehr weiter, es hat nicht funktioniert. Wenn Sie ihn dann sozial ächten und sagen, du hast versagt, dann werden zehn andere diesen Schritt nicht gehen. Und deshalb brauchen wir in Deutschland eine Kultur der Unternehmensgründung, die es uns erlaubt, in diesem Bereich aufzuholen und dafür zu sorgen, dass wir Boden gutmachen.

Und dann, meine sehr verehrte Damen und Herren, müssen wir uns die Frage stellen, wie sich denn die Arbeitsmärkte der Zukunft entwickeln. Wir haben eine Alterspyramide, die dabei ist, sich völlig umzukehren, früher sehr viele Junge und wenig Ältere, heute Gott sei Dank sehr viel Ältere, aber immer weniger Jüngere. Das ist ein Problem für das Potenzialwachstum der Volkswirtschaft, für das mögliche Wachstum, das man unter guten Umständen erzielen kann. Denn das Wachstum ist das Produkt von eingesetztem Kapital und Arbeit und wenn Sie weniger Arbeitsstunden haben, die geleistet werden, haben Sie auch größere Schwierigkeiten, das Wachstum zu erzielen wie bisher. Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir uns Gedanken machen, wie die Arbeitswelt von morgen aussieht. Das eine war die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, abschlagsfrei für die, die das möchten.

Aber ich bin überzeugt, dass es sehr, sehr viele Menschen gibt, die mit 65 noch fit sind wie ein Turnschuh, die Interesse haben an der Arbeitswelt, die neugierig sind, die sich auch ein bisschen mehr verdienen wollen, als nur ihre Rente hergibt, weil sie auch Ansprüche an das Leben haben, an den Urlaub, an das Auto und an das Ausgehen im Restaurant mit ihrer Ehefrau und ihren Freunden. Und deshalb müssen wir auch in der Wirtschaft völlig neue, flexible Modelle entwickeln, wo wir diesen Menschen die Möglichkeit geben, einen Teil ihrer Arbeitszeit weiterhin für die Gesellschaft einzusetzen, nicht auf staatlichen Befehl, sondern freiwillig, weil sie es wollen, weil es Spaß macht und weil die Erfahrung der älteren Menschen wichtig und wertvoll ist und wir uns gar nicht leisten können, darauf dauerhaft zu verzichten.

Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung – Bildung ist der Schlüssel für eigentlich alles. Bildung ist der Schlüssel für alles, weil wir heute erleben, dass jemand, der eine Berufsausbildung macht mit zwanzig, mit vierzig bereits die nächste absolviert haben muss im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung, weil sich die Dinge so wahnsinnig schnell verändern. Ich bin noch groß geworden mit Tipp-Ex und mit Typenhebelschreibmaschine.

Mein Vater hat mir, als ich Jurastudent war, 1980 von seiner Rente an Weihnachten eine elektrische Schreibmaschine geschenkt für die Hausaufgaben, dann gab's bessere Noten bei den Professoren, weil sie das besser lesen konnten, als wenn es handschriftlich war. Und dann sagte er, Junge, das Ding war teuer und das war für uns nicht einfach, aber die Maschine ist solide, die ist gut gebaut, die wird dich ein Leben lang begleiten. Das tut sie auch, aber seit zwanzig Jahren im Keller hinterm Schrank. Wir müssen uns zutrauen, mit diesen Veränderungen umzugehen, und das können wir nur, wenn wir junge Menschen haben, die exzellent ausgebildet sind und die sich diesen Herausforderungen stellen.

Und das dritte und Letzte, was ich ansprechen will – es gibt noch so viele Themen –, ist die Frage der Stabilität des politischen Systems. Wir haben viele Länder um uns herum in Europa, die große Schwierigkeiten haben, Regierungen zu bilden, die große Schwierigkeiten haben, politische Reformen umzusetzen, weil die Regierungen alle paar Wochen zerfallen und weil stabile Mehrheiten nicht gebildet werden können. Und manch einer hat uns dieses Schicksal in Deutschland auch vorausgesagt. Und was ich jetzt sage, sage ich nicht als CDU-Parteimann, obwohl es vielleicht so klingen mag, aber ich finde, es war für die Stabilität unseres Parteiensystems ganz entscheidend wichtig, dass wir gezeitigt haben, dass man auch unter der

Voraussetzung, dass es unheimlich viele Parteien gibt, neben CDU, CSU, SPD, FDP, Grünen, der Linkspartei, die Piraten und die ÖDP und die AFD und wie sie alle heißen, mehr als 40% der Stimmen zu erreichen. Und diese 40% waren ein wichtiges Signal nach innen und nach außen. Nach innen, weil jedermann sieht, dass wir eine stabile Regierung haben. Die Zufriedenheit mit der Regierung war noch nie so groß wie in diesem Augenblick und das liegt vielleicht auch daran, dass SPD und CDU nach den Wahlen das gemacht haben, was sie vor der Wahl versprochen haben. Auch das geschieht nicht jeden Tag. Und wir haben ein Interesse daran, dass die politische Stabilität nicht nur erhalten bleibt, sondern dass sie zunimmt. Wenn Sie nach Sachsen schauen, Wahlbeteiligung von unter 50% bei einer Landtagswahl und weil die Wahlbeteiligung so niedrig ist, große Chancen für Extreme und Parteien am Rand des politischen Spektrums. Das kann doch nicht die Zukunft sein. Und deshalb müssen wir jungen Menschen sagen, dass es wichtig ist, dass man sich für das Gemeinwesen engagiert, und dass es nicht „dirty“, nicht schmutzig ist, wenn man in die Politik geht und Politiker wird, dass man für das Gemeinwesen arbeiten kann im Roten Kreuz und bei der Freiwilligen Feuerwehr. Dass man dafür arbeiten kann, indem man Unternehmer wird und Arbeitsplätze schafft, und dass man dafür arbeiten kann, indem man Politiker wird und in die Bürgerschaft geht und in den Deutschen Bundestag. Das öffentliche Engagement, das ist das, wodurch Hamburg groß geworden ist, und das, was uns in Deutschland auszeichnet vor vielen, vielen anderen Ländern, und ich glaube, dass wir jetzt die guten Jahre nutzen müssen, um das zu stabilisieren.

Ein letzter Punkt, wir waren, und ich bin jemand, der sich sein Leben lang für Europa engagiert hat. Vor vier Jahren in einer wahnsinnig schwierigen Situation haben viele uns vorausgesagt, dass der Euro nicht überleben wird. Viele haben uns gesagt, das System wird zusammenbrechen, die Europäische Union wird schwer darunter leiden, wir werden eine Renationalisierung auf allen Ebenen erleben. Nichts davon ist eingetreten. Wir haben unter ganz schwierigen Umständen – ich war parlamentarischer Geschäftsführer und dazu gehört, dass man für die Mehrheiten sorgt und mit denen spricht, die sich fragen, ob's denn richtig ist, und das waren viele damals – die Führung gezeigt, indem wir in Europa eine doppelte Botschaft vertreten haben, nämlich die Botschaft, dass wir einerseits niemanden im Stich lassen, dem es richtig dreckig geht. Helmut Kohl hat an seinem 80. Geburtstag gesagt, es ist doch klar, was wir tun müssen, wir müssen den Griechen helfen.

Und das ist das Einzige, was ich gerne nicht korrigieren, aber kommentieren möchte, ich war nicht gegen die Politik von Helmut Kohl, im Gegenteil, ich habe ihn immer für einen der größten Europäer in der Geschichte unseres Landes gehalten, sondern die Diskussion, die es dann gab, war, wie man in die zweite Hälfte der 90er-Jahre geht und in das zweite Jahrtausend und in welcher Formation, aber das ist alles vom Treibsand der Geschichte längst zugedeckt. Entscheidend ist jedenfalls, dass Helmut Kohl an seinem 80. Geburtstag gesagt hat, es ist doch klar, was wir tun müssen, wir müssen den Griechen helfen. Das war zu einem Zeitpunkt, wo viele gesagt haben, keinen Euro für die Griechen, und wir haben gesagt, nein, wir lassen niemanden im Stich, dem es dreckig geht, aber es kann diese Hilfe nicht zum Nulltarif geben, denn wenn es sie zum Nulltarif gibt, dann wird sich nichts verändern. Und das Problem der Griechen war nicht, dass sie kein Geld hatten, sondern das Problem der Griechen war, dass sie keine Waren hatten, die sie exportieren konnten, dass sie keine Arbeitsplätze hatten, die Steuern erwirtschaftet haben, und dass die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nicht mehr existierte. Und deshalb haben wir gesagt, es gibt Hilfe dann, wenn das Land bereit ist zu schweren und schmerzhaften Strukturreformen, um eines Tages wieder in die Lage versetzt zu werden, sich aus eigener Kraft aus der Malaise zu befreien. Wenn man sich das heute anschaut, die Reformen sind immer noch schwer, in Frankreich ist die dritte Regierung darüber fast zerbrochen, in Griechenland, in Italien, überall gibt es Debatten, ob das alles richtig ist, ob es vertretbar ist, aber schauen Sie sich an, was in Spanien in kürzester Zeit gelungen ist, was in Portugal, was in Griechenland gelungen ist. All diese Länder bekommen wieder Geld an den Kapitalmärkten, der Euro ist stabil geblieben, wir haben die niedrigste Inflation in Deutschland seit der Jahrtausendwende und wir haben eine Situation, wo die internationalen Finanzspekulantinnen nicht mehr ge-

gen den Euro spekulieren, sondern sich andere Opfer international suchen. Und deshalb sage ich, es war richtig, dass die Bundeskanzlerin damals erklärt hat, scheitert der Euro, scheitert Europa, und das ist eine Option, die wir nicht zulassen dürfen, denn diese Europäische Union hat mit dazu beigetragen, dass wir die glücklichsten Jahre der deutschen Geschichte erleben durften, und deshalb müssen wir sie bewahren für unsere Kinder, denn sie schützt uns gegen vieles, dem wir sonst schutzlos ausgeliefert sind. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die einfachen Prinzipien. Ein selbstbewusstes, tolerantes, offenes Land, fest verankert in der Europäischen Union, das niemanden belehren will, das aber mit dazu beitragen will, dass alle Erfolg haben, nicht nur wir, sondern auch alle um uns herum, indem sie die richtigen Entscheidungen treffen, gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden und so, dass wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und Reputation erhalten. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt.

Ich war 1983 zum ersten Mal in Israel, habe mit jungen Israelis und Palästinensern gesprochen. Als sie hörten, wir kommen aus Deutschland, sagten sie, ah, deutscher Fußball und deutsche Autos, BMW und Mercedes und Beckenbauer und Netzer und Breitner. Und die haben strahlende Augen gehabt und gesagt, das ist Deutschland. Und wenn Sie heute dahin kommen oder nach Australien, nach Kanada, in die USA, nach Indien, nach Korea, nach Japan, nach China, und dann sagen die Leute immer noch „deutsche Autos“ und sie sagen zum ersten Mal wieder seit Jahren „deutscher Fußball“ und sie sagen aber auch vieles, vieles andere und vor allem sagen sie, Deutschland ist ein sympathisches Land, und Sympathie kann man nicht verordnen, die kann man sich nur verdienen.

Dass wir eine Regierung haben, die nicht säbelrasselnd auftritt, die aber ihre internationalen Beiträge leistet, die im Verhältnis zu dem unfassbaren Elend und der unfassbaren Rohheit, die wir in Syrien und dem Irak erleben, jetzt auch gesagt hat, wenn die Not am größten ist und die Menschen um ihr nacktes Leben kämpfen, dann kann man und muss man es auch verantworten, dass man diejenigen, die sie dagegen verteidigen, unterstützt, notfalls auch mit Waffen, indem wir ein Bataillon der Peshmerga so ausrüsten, dass sie sich verteidigen können. Das haben wir am letzten Sonntag gemeinsam beschlossen und es war eine richtige und notwendige Entscheidung. Aber dass wir das eben tun, weil wir den Frieden erhalten wollen, weil wir nicht auf die militärische Karte setzen, das wissen eben auch alle und es hat dazu beigetragen, dass wir heute ein Ansehen haben, das wir uns vor fünfzig, sechzig Jahren nicht im Traum hätten vorstellen können, und das ist mindestens so viel wert wie die Wettbewerbsfähigkeit, die wir aber auch brauchen, denn man kauft am Ende Autos und Kühlschränke nicht aus Sympathie, sondern nur weil sie gut sind und weil sie funktionieren, und deshalb muss beides Hand in Hand gehen.

Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich schließen damit, dass ich sage, wir haben in Deutschland, wenn man es vergleicht mit der Situation vor zwanzig Jahren, durch die Arbeit vieler, auch parteiübergreifend, auch durch Gerhard Schröder mit der Agenda 2010, auch durch diejenigen, die heute nicht mehr politisch aktiv sind, dazu beigetragen, dass wir uns aus den Schwierigkeiten, in die wir geraten waren, wieder herausgearbeitet haben.

Es gibt auch noch viele andere Dinge, die uns Sorgen machen müssen, zum Beispiel wie das ist mit den Großprojekten in Deutschland. Früher waren wir mal beliebt und bekannt dafür, dass wir einen Flughafen pünktlich gebaut haben, im Erdinger Moos nämlich, dass man über Nacht den Umzug gemacht hat und dass am nächsten Morgen die Flüge pünktlich gestartet sind. Es werden auch vom Berliner Flughafen Flüge fliegen, das werden Sie noch erleben, Ihre Kinder und Enkelkinder zumindest, vielleicht. Es ist zum ersten Mal, dass man über ein solches Projekt lächelt. Und einmal kann man lächeln und Witze machen, aber beim zweiten und dritten Mal wird man nicht mehr lachen, sondern sich Fragen stellen. Und wenn Deutschland es nicht schafft, bei der IT, beim Elektroauto, bei den erneuerbaren Energien ganz vorn mit dabei zu sein, dann wird man sagen, was ist denn los mit Deutschland. Aber ich glaube, wir können es schaffen, wenn wir heute die richtigen Entscheidungen für morgen treffen, und da möchte ich Sie bitten mitzuhelfen, uns Dampf zu machen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

